

Von: Claudia.Lange@landtag.nrw.de
Gesendet: Montag, 15. April 2024 10:31
An: proelss@koelner-fluechtlingsrat.de
Cc: Tijen.Ataoglu@landtag.nrw.de; Britta.Spieker@landtag.nrw.de
Betreff: AW: Kölner Kampagne "Selbstbestimmung statt Bezahlkarte": Nein zur Einführung einer restriktiven und diskriminierenden Bezahlkarte

Sehr geehrter Herr Pröiß,

gerne bestätige ich Ihnen den Eingang Ihrer E-Mail an Herrn Fraktionsvorsitzenden Thorsten Schick.

Freundliche Grüße

im Auftrag
Claudia Lange



Claudia Lange
Sekretärin/Sachbearbeiterin
für das Büro des Fraktionsvorsitzenden
Thorsten Schick MdL

CDU-Landtagsfraktion
Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Tel.: 0211/ 884 - 2104

Mobil: 0162/ 1021792

E-Mail: Claudia.Lange@landtag.nrw.de

<http://www.cdu-fraktion.nrw>



Von: Christina.Satzvey@landtag.nrw.de
Gesendet: Montag, 22. April 2024 17:04
An: proelss@koelner-fluechtlingsrat.de
Cc: Volkan.Baran@landtag.nrw.de
Betreff: WG: WG: Kölner Kampagne "Selbstbestimmung statt Bezahlkarte": Nein zur Einführung einer restriktiven und diskriminierenden Bezahlkarte

Sehr geehrter Herr Pröbß,

vielen Dank für Ihre E-Mail. Bitte haben Sie noch etwas Geduld, wir kommen mit einer Antwort aus unserem Fachbereich auf Sie zurück.

Mit vielen Grüßen



Christina Satzvey
Persönliche Referentin des Fraktionsvorsitzenden
SPD-Fraktion im Landtag NRW
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Telefon: 0211 - 884 2730
Mobil: 0151 - 72721395
E-Mail: christina.satzvey@landtag.nrw.de

www.spd-fraktion.nrw
www.facebook.com/spdfraktionnrw
www.twitter.com/spd_fraktion_nw
www.instagram.com/spd_fraktion_nrw
www.youtube.com/SPDLTNRW

Von: proelss@koelner-fluechtlingsrat.de <proelss@koelner-fluechtlingsrat.de>
Gesendet: Freitag, 12. April 2024 14:16
An: Ott, Jochen (SPD) <Jochen.Ott@landtag.nrw.de>; Baran, Volkan (SPD) <Volkan.Baran@landtag.nrw.de>
Betreff: Kölner Kampagne "Selbstbestimmung statt Bezahlkarte": Nein zur Einführung einer restriktiven und diskriminierenden Bezahlkarte

Lieber Jochen Ott, lieber Volkan Baran,



SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

Herrn Claus-Ulrich Prölß
Kölner Flüchtlingsrat e. V.
Herwarthstraße 7
50672 Köln

Jochen Ott Mdl
Fraktionsvorsitzender

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

T 0211.884-22 25
F 0211.884-20 56
jochen.ott@landtag.nrw.de

www.spd-fraktion-nrw.de

Antwort auf Ihre Mail vom 12. April 2024

25 April 2024

Sehr geehrter Herr Prölß,

vielen Dank für Ihre Mail vom 12. April, in dem Sie auf die Einführung einer Bezahlkarte für Geflüchtete eingehen.

Wir als SPD-Landtagsfraktion in NRW setzen uns grundsätzlich für die humane Versorgung und Unterbringung geflüchteter Menschen ein. Dazu gehört nach unserem Verständnis auch, dass die Geflüchteten frei über das ihnen zustehende Taschengeld verfügen können. Wir weisen mit Nachdruck die in der öffentlichen Debatte kursierende Annahme zurück, dass der ohnehin bereits geringe Betrag von Geflüchteten zur Bezahlung von Schlepperbanden benutzt oder dass die Einführung einer Bezahlkarte angebliche Pull-Effekte verhindern würde. Diese Haltung haben wir in den letzten Monaten in zahlreichen parlamentarischen Debatten kundgetan (vgl. Plenarprotokolle 18/43, 18/45 und 18/56).

Einen weiteren Aspekt, den ich aus landespolitischer Sicht gerne beleuchten möchte, ist das aktuelle Verhalten von Ministerpräsident Wüst und seiner schwarz-grünen Landesregierung zu diesem Thema. Die Runde der 16 Ministerpräsident*innen mit dem Bundeskanzler hat Ende letzten Jahres schlussendlich die bundesweite Einführung einer solchen Bezahlkarte beschlossen. Ministerpräsident Hendrik Wüst hat immer wieder energisch die Einführung einer Bezahlkarte gefordert, doch seine schwarz-grüne Landesregierung drückt sich nun vor der Umsetzung. Es obliegt jedoch dem Land,

#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.



die erforderlichen Rahmenbedingungen zu schaffen, anstatt sie einfach den Kommunen aufzubürden. Ursprünglich sollte die Einführung einer Bezahlkarte Entlastung für Städte und Gemeinden bringen, nun droht sie stattdessen zusätzlichen Aufwand zu generieren. Außerdem ist es von höchster Wichtigkeit, dass die Ausgestaltung der Bezahlkarte nicht dazu führt, dass Schutzsuchende in ihren Grundrechten beschnitten werden. Die Landesregierung muss daher aktiv werden und klarstellen, welche konkreten Maßnahmen sie ergreifen wird, um die Kommunen zu unterstützen.

Die humane Versorgung und Unterbringung von Geflüchteten sind für uns als SPD-Landtagsfraktion weiterhin die Priorität. Dafür werden wir uns auch weiterhin einsetzen. Dabei ist uns der ständige Austausch mit allen relevanten Akteuren des Integrationsbereichs in Nordrhein-Westfalen sehr wichtig, um die diversen Blickwinkel der aktuellen integrationspolitischen Debatten zu vereinen.

Ich möchte mich deshalb ausdrücklich für Ihr Schreiben und Ihr Engagement für unser gemeinsames Anliegen bedanken.

Mit freundlichen Grüßen

Jochen Ott

Von: Isabella.Venturini@STADT-KOELN.DE
Gesendet: Dienstag, 23. April 2024 16:51
An: proelss@koelner-fluechtlingsrat.de
Cc: Jennifer.Glashagen@STADT-KOELN.DE
Betreff: Re: Kölner Kampagne "Selbstbestimmung statt Bezahlkarte": Nein zur Einführung einer restriktiven und diskriminierenden Bezahlkarte

Lieber Claus,

Vielen Dank für die E-mail und für die umfängliche Positionierung zur Bezahlkarte. Auch wir sehen eine Einführung der Bezahlkarte sehr kritisch und wünschen uns eine andere Lösung. Unser NRW-Landesverband hat folgende Positionierung erarbeitet, denen wir uns als Fraktion anschließen. Die findest du auf der Volt-Website unter folgendem Link: <https://voltdeutschland.org/nrw/neuigkeiten/stellungnahme-bezahlkarte-volt>

Bei Fragen oder Anmerkungen stehen wir gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Isabella Venturini

Mitglied des Rates der Stadt Köln

Volt-Fraktion im Rat der Stadt Köln
Rathaus, Spanischer Bau
50667 Köln
[0221 221 320 87](tel:022122132087)



[Facebook](#) | [Twitter](#) | [LinkedIn](#) | [Instagram](#) | [Website](#)

Am 12.04.2024 um 14:31 schrieb proelss@koelner-fluechtlingsrat.de:

Liebe Jennifer Glashagen, liebe Isabella Venturini,

die Träger und Unterstützer*innen der Kölner Kampagne „Selbstbestimmung statt Bezahlkarte“ bitten Sie, die Einführung einer restriktiven und diskriminierenden Bezahlkarte für Geflüchtete abzulehnen.

Die Einführung einer Bezahlkarte, die für Anspruchsberechtigte nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) nur noch die Funktion hat, Waren und Güter des täglichen Bedarfs bargeldlos zu bezahlen, deren Geltungsbereich auf Branchen und sogar Regionen beschränkt und die in der Höhe der Bargeldauszahlung begrenzt werden kann, ist ein unverhältnismäßiger und verfassungswidriger Eingriff in das Selbstbestimmungsrecht der Betroffenen.

Ihre Einführung wurde auf einem Treffen des Bundeskanzlers mit den Ministerpräsident*innen der Bundesländer beschlossen, einer Zusammenkunft, die in der Verfassung nicht vorgesehen ist und keinerlei Bindewirkung weder für den Bundes- noch den Landesgesetzgeber noch für die kommunale Selbstverwaltung hat. Heute hat der

Von: FDP-Fraktion@stadt-koeln.de
Gesendet: Dienstag, 16. April 2024 14:32
An: proelss@koelner-fluechtlingsrat.de
Betreff: WG: Kölner Kampagne "Selbstbestimmung statt Bezahlkarte": Nein zur Einführung einer restriktiven und diskriminierenden Bezahlkarte

Sehr geehrter Herr Proelß,

Ihre Mail vom 12.04.2024 haben wir dankend erhalten und zur Kenntnis genommen.

Mit freundlichen Grüßen

Ralph Sterck
Mitglied des Rates
Fraktionsvorsitzender

FDP-Fraktion im Rat der Stadt Köln
Rathaus
50667 Köln

Tel. 0221. 221-23830
Fax 0221. 221-23833

www.fdp-koeln.de

Anfang der weitergeleiteten Nachricht:

Von: proelss@koelner-fluechtlingsrat.de
Datum: 12. April 2024 um 14:25:36 MESZ
An: ralph.sterck@fdp-koeln.de, chantal.schalla@fdp-koeln.de
Betreff: Kölner Kampagne "Selbstbestimmung statt Bezahlkarte": Nein zur Einführung einer restriktiven und diskriminierenden Bezahlkarte

Sehr geehrter Herr Sterck, sehr geehrte Frau Schalla,

die Träger und Unterstützer*innen der Kölner Kampagne „Selbstbestimmung statt Bezahlkarte“ bitten Sie, die Einführung einer restriktiven und diskriminierenden Bezahlkarte für Geflüchtete abzulehnen.

Die Einführung einer Bezahlkarte, die für Anspruchsberechtigte nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) nur noch die Funktion hat, Waren und Güter des täglichen Bedarfs bargeldlos zu bezahlen, deren Geltungsbereich auf Branchen und sogar Regionen beschränkt und die in der Höhe der Bargeldauszahlung begrenzt werden kann, ist ein unverhältnismäßiger und verfassungswidriger Eingriff in das Selbstbestimmungsrecht der Betroffenen.

Ihre Einführung wurde auf einem Treffen des Bundeskanzlers mit den Ministerpräsident*innen der Bundesländer beschlossen, einer Zusammenkunft, die in der Verfassung nicht vorgesehen ist und keinerlei Bindewirkung weder für den Bundes- noch den Landesgesetzgeber noch für die kommunale